

Weltchronik

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot**

Band (Jahr): **250 (1977)**

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Weltchronik

vom 1. Juni 1975 bis 31. Mai 1976

Wann wird die wirtschaftliche Talsohle durchschritten sein? Diese Frage stellte sich durch das ganze Jahr 1975 unüberhörbar in weiten Teilen der Erde. Erst im zweiten Quartal 1976 melden die grossen Industrienationen, die Vereinigten Staaten an erster Stelle, aber auch die Bundesrepublik Deutschland und Japan einen behutsamen Anstieg der Produktion. Silberstreifen am Horizont des wolkenbehängten Wirtschaftshimmels? Alles in allem genommen, wird dieses Berichtsjahr in Erinnerung bleiben als Jahr des Wartens und Hoffens auf die Überwindung der schwersten Wirtschaftskrise seit Ende des Zweiten Weltkrieges, welche weltweit und ausnahmslos alle liberalen Industriestaaten und ebenso die Entwicklungsländer mit unterschiedlicher Härte erfasst und Millionen von Menschen aus dem Wohlstand und der Sicherheit der Hochkonjunktur in die Mühsal und soziale Bedrängnis der Arbeitslosigkeit geworfen hat: In den Vereinigten Staaten ist die Zahl der Arbeitslosen gering auf siebeneinhalb Prozent zurückgefallen; in den Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) beträgt sie fünf Prozent oder 15 Millionen, die Schweiz kommt dabei vergleichsweise gut weg: 28000 waren in diesem Frühjahr noch ohne Arbeit.

Dennoch: Nationalökonomische Weisheiten und Lehrsätze blieben zumeist wirkungslos, der nationale Alleingang erwies sich nach wie vor als zäher denn eine gemeinsame Suche nach Lösungsvorschlägen. Der «Geist von Rambouillet», von Staatspräsidenten und Regierungschefs der sechs grössten Industriestaaten im November bei Paris beschworen, brachte zwar ein hohes Mass an Übereinstimmung im Erkennen der dringendsten Wirtschaftsprobleme; mit wohlklingenden Worten allein lässt sich der Aufschwung nicht herbeirufen – auf Schloss Rambouillet so wenig wie auf den Nord-Süd-Gesprächen der 27 Staaten von Mitte Dezember in Paris. Die Dringlichkeit einer neuen Weltwirtschaftspolitik zeigte die vierte Welthandelskon-

ferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) in Nairobi vom Mai 1976. Die Entwicklungsländer, durch das Erdöldiktat ermutigt, stellen massive Forderungen an die Industriestaaten. Das Thema «weltwirtschaftlicher Ausgleich», der Ruf nach Reformen wird die nächsten Jahre beherrschen.

* * *

Die internationale Lage bot im Berichtsjahr das Wechselspiel des Erlöschens alter Konflikte in Südostasien und des Aufflammens neuer in Afrika, im Ringen zwischen demokratischer und totalitärer Ordnung. In der letzten Weltchronik musste vom Einmarsch nordvietnamesischer Truppen in Südvietnam und von der Machteroberung der kommunistischen «Roten Khmer» in Kambodscha geschrieben werden. Im dritten Staat des ehemals französischen Indochina kam die kommunistische Machtergreifung des Pathet Lao auf leisen Sohlen und nicht mit Panzergeräusche: Von einer Welt, die seit der dramatischen Kapitulation von Saigon bald das Interesse an Südostasien verloren hatte, kaum mehr zur Kenntnis genommen, wurde Ende August in Ventiane mit einer «Volkserhebung» der kommunistische Endsieg gefeiert und der König im November endgültig entmacht. Der Bambusvorhang senkte sich. Die gespenstische Stille wurde jäh zerrissen, als im April die Nachricht von den Greueln der neuen Machthaber in Pnom Penh in den Westen drang: Über eine Million Menschen wurden innert Jahresfrist in Kambodscha auf brutalste Weise ermordet; «mit der Hacke wie Tiere getötet» hiess es. Zur gleichen Zeit wurde in Vietnam die Wiedervereinigung vollzogen. Auf Befehl Hanois wurde an den Urnen eine «Nationalversammlung beider Vietnams» gewählt.

Bisher wurde das Gefüge der Weltmächte, trotz der kommunistischen Siege in Südostasien, nicht wesentlich zugunsten Chinas verschoben: Das Riesenreich wird seit dem Tod von Ministerpräsident Tschou En-lai am 8. Januar erneut erschüttert. Nach internen Machtkämpfen, die zu Strassenschlachten in Peking geführt hatten, wurde im April Hua Kuo-feng zum Nachfolger

Tschous ernannt. Chinesische Politik spielt sich immer wie hinter Milchglas ab. Nach wie vor nicht restlos geklärt ist die Einladung des greisen Parteivorsitzenden Mao Tse-tung an den ehemaligen amerikanischen Präsidenten Richard Nixon. Die Visite des Ex-Präsidentenpaares wurde in Amerika als Ohrfeige für Präsident Ford bezeichnet, der selber im November kühl in Peking empfangen worden ist.

Veränderungen prägten das Bild des Geschehens im Berichtsjahr auch auf der andern Seite Asiens, auf dem dichtbevölkerten und vom Elend der Massen geplagten indischen Subkontinent. Unter dem Vorwand, die Demokratie retten zu wollen, zerstörte Indira Gandhi Ende Juni mit der Aufhebung wesentlicher Freiheitsrechte die indische Demokratie. Seither befindet sich Indien auf dem Marsch in die Diktatur. Unblutig verlief der Staatsstreich in Indien, blutig einen Monat später im benachbarten Bangla Desh: Scheich Mujibur Rahman, mit Hilfe Indiens der «Vater der Bengalen», in Wirklichkeit der Diktator des «Armenhauses der Welt», bezahlte seine selbstherrliche Fehleinschätzung mit dem Leben: In den frühen Morgenstunden des 15. August wurde er in seinem Palais in Dacca von Offizieren ermordet. Die neue Regierung wurde im Oktober durch einen weiteren Staatsstreich gestürzt, der dritte folgte auf dem Fusse. Die bisherige Ordnung des Subkontinents droht zu zerbröckeln.

* * *

Der Nahe Osten blieb auch 1975/76 dem Krieg näher als dem Frieden. Obgleich ein zweites Teilabkommen zwischen Israel und Ägypten, vom amerikanischen Aussenminister Henry Kissinger während seiner elften Pendelreise im August zuwege gebracht, Hoffnungen auf eine Friedenslösung mittels kleiner Schritte zuliess und Ägypten überdies das «Freundschaftsabkommen» mit der Sowjetunion im März vorzeitig aufkündigte, wurden Ansätze einer solchen Politik anderswo wieder zunichte gemacht. Die Realitätspolitik des ägyptischen Staatschefs Sadat stiess in Syrien und bei den Palästinensern um Yassir Arafat auf Widerstand. Die «Palästinensische Befreiungs-Front» (PLO) wurde, wie ein Jahr zuvor, in der UNO-Generalversammlung erneut aufgewertet, in dem Masse, wie die sowjetische und arabische Klientelschaft die Dummheit und Arroganz auf die Spitze trieb und Israel mit ihrer unmenschlichen Zionismus-Resolution verurteilte, demütigte und isolierte. Einer wagte damals dieses «Schurkenstück» anzu-

prangern: der amerikanische UNO-Botschafter Patrick Moynihan. Er ist resigniert anfangs Februar zurückgetreten. Eine neue Dimension gewann der Nahost-Konflikt mit dem seit über einem Jahr anhaltenden Bürgerkrieg zwischen Christen und Moslems, unterstützt von den Palästinensern, in Libanon. Von Moskau, Libyen und Syrien geschürt, drohen diese Kämpfe, die bisher über 20000 Todesopfer gefordert haben, die einst wohlhabende Republik an der Levante auseinanderzubrechen. Den radikalen Moslems



Rudolf Gnägi
Bundespräsident für das Jahr 1976
Photopress-Bilderdienst, Zürich

gelang es, den bisherigen Staatspräsidenten Frangieh zum Rücktritt zu zwingen. Doch die Wahl des umstrittenen Elias Sarkis von anfangs Mai brachte der geplagten Bevölkerung keine Ruhe. Wird hier ein Land endgültig in den Abgrund getrieben?

* * *

Europa, aber nicht nur Europa, blickte in seinen Südwesten: Hier ist mit dem unmenschlich langsamen Tod von Francisco Franco am 20. November eine fast vierzigjährige, zuletzt verkrustete und erstarrte Herrschaft zu Ende gegangen und mit dem neuen König Juan Carlos, von Franco zu seinem Nachfolger bestimmt, ein neues Kapitel spanischer Geschichte aufgeschlagen worden. Wird ihm von beiden extremen Seiten Zeit genug gelassen, um die notwendigen Reformen einzuleiten, die Spanien zu einem demokratischen Staat werden lassen? Oder wird es zuerst in ein Chaos stürzen, seinem westlichen Nachbarn an der Atlantik-Küste ähnlich? Seit dem Sturz des Caetano-Regimes vor über zwei Jahren taumelte Portugal von Krise zu Krise wirtschaftlicher, aber vornehmlich politischer Natur. Die kommunistische Machtübernahme war im letzten Herbst bedrohlich nahe gerückt: Ein niedergeschlagener Putsch in den letzten Novembertagen hat diesem Streben, den Staat nach kommunistischer Fassung umzukrempeln, Einhalt geboten, mehr noch: Die gemässigten Kräfte scheinen nun doch die Oberhand zu gewinnen. Jedenfalls brachten die Parlamentswahlen vom 25. April einen Ausgleich der Interessen. Cunhal, der stalinistische Kommunistenführer, musste sogar einige Verluste in Kauf nehmen, gestärkt ging die Zentrumspartei aus dem Urnengang hervor. Allerdings ist Portugal noch nicht über den Berg. Entscheidend für die Zukunft wird die Wahl des Staatspräsidenten werden, die am 27. Juni fällig ist.

Vor möglicherweise schicksalhaften Entscheidungen steht ein anderes südeuropäisches Land: Italien. Nachdem im Berichtsjahr die Regierung von Ministerpräsident Moro gleich zweimal gescheitert war, war Staatspräsident Leone genötigt, das Parlament vorzeitig aufzulö-



Präsident Ford in China

Auch im Berichtsjahr war die «Reisediplomatie» zur Besprechung oder Lösung internationaler Fragen ein oft benütztes Mittel. Unser Bild zeigt den amerikanischen Präsidenten anlässlich seines Besuches in China mit dem stellvertretenden Premierminister Li Hsien-nien.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

sen und Neuwahlen anzusetzen. In einem andern Staat Europas würde dieser Schritt weniger Aufmerksamkeit erheischen. Hier aber steht mit dem 21. Juni ein entscheidendes Ringen um die politische Macht zwischen der grossen und etwas verbrauchten Regierungspartei der Christlichdemokraten und den Kommunisten bevor, die sich als «Retter in der Not» aus wirtschaftlicher und permanenter politischer Krise anbieten. Wie werden die Italiener entscheiden, lautet die zu Recht bange Frage? Werden sie auf die Schal-

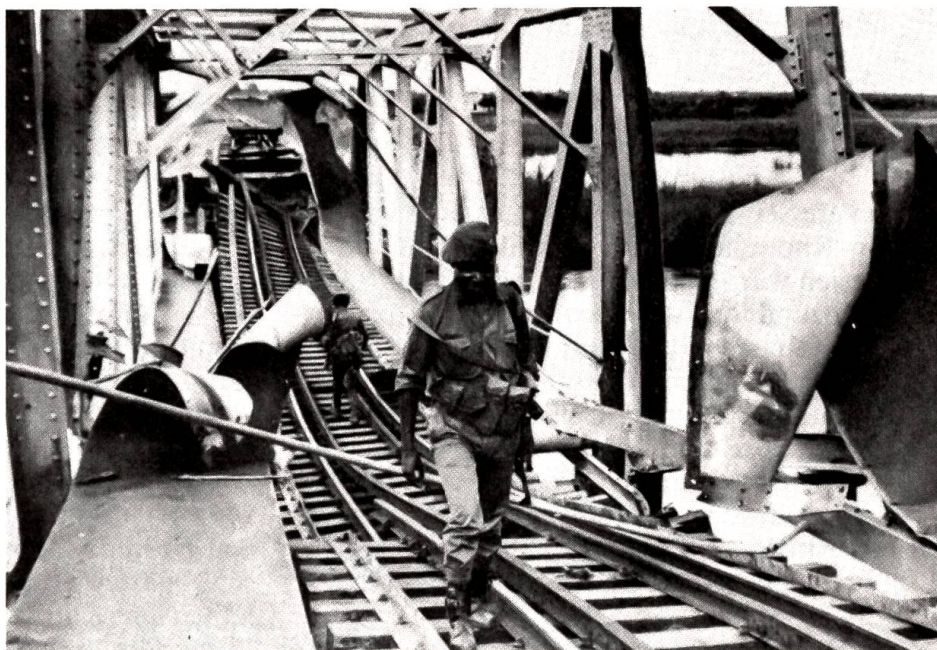
meienklänge von Enrico Berlinguer, der die Lösung von Moskau auf die Fahne geschrieben hat, hereinfallen oder wird die Vernunft siegen? Ein nur halbwegs kommunistisch regiertes Italien, im Verein mit den Christlichdemokraten (Democrazia Cristiana) müsste die Atlantische Allianz (NATO) und die Europäischen Gemeinschaften (EG) vor schwere Belastungsproben stellen.

Vergleichsweise idyllisch präsentierten sich die übrigen Staaten Europas: Die Bundesrepublik Deutschland erlebt die ersten Wahlkampfgeplänkel im Hinblick auf den 3. Oktober. Wird sich Helmut Schmidt, dessen Sozialdemokratische Partei (SPD) in den Landtagswahlen in Baden-Württemberg anfangs April erneut verloren hatte, halten können? Oder gehört die deutsche Zukunft Helmut Kohl, dessen Christlich-Demokratische Union (CDU) den Polenverträgen zugestimmt hat und sich erneut im Vormarsch befindet? Noch ist nichts entschieden.

Ähnliche Fragen stellen sich in Grossbritannien. Dort hat in schwerer wirtschaftlicher Rezession nach dem überraschenden Rücktritt von Harold Wilson am 16. März James Callaghan die Labour-Regierung übernommen. Auch diese Partei verliert, eng mit den Gewerkschaftsinteressen liiert, an Zugkraft. Frankreich unter Staatspräsident Giscard d'Estaing konnte den Sozialisten und Kommunisten, obgleich auch diese laufend die «Demokratie» beschwören, Widerstand leisten. Lediglich in den unwichtigen Kantonalwahlen von diesem Frühjahr gewann die Linke einige Stimmen.

* * *

Zusehends erweist sich Afrika als Unruheherd. Nach der Entlassung in die Unabhängigkeit im November wurde die ehemalige portugiesische Kolonie Angola internationaler Kriegsschauplatz der Stellvertreter. Mit massiver Unterstützung durch die Sowjetunion und durch den direkten Einsatz kubanischer Söldner gelang der kommunistischen «Volksbewegung» (MPLA) der Sieg über die beiden andern, pro-westlich orientierten Bewegungen FNLA und Unita. Der amerikanische Kongress (Parlament) verweigerte in falscher Einschätzung der Lage Präsident Ford und Aussenminister Kissinger eine gezielte Unterstützungsaktion. Erst der «Angola-Schock», der Verlust dieses für das ganze südliche Afrika strategisch wichtigen Gebietes führte zu einer ungewöhnlichen Neuformulierung der amerikanischen Afrika-Politik. Während einer Reise durch sechs afrikanische Staaten von Ende April stellte sich Henry Kissin-



Bürgerkrieg in Angola

Die ehemalige portugiesische Kolonie wurde nach Abzug der Kolonialherren durch schwere Machtkämpfe erschüttert. Dank sowjetischer Waffen und kubanischer Söldner obsiegte die kommunistische MPLA. Das Bild zeigt eine zerstörte Brücke an der wichtigen Eisenbahnlinie nach dem Nachbarstaat Zaire.

Photopress-Bilderdienst, Zürich



Gewaltige Waldbrände in Deutschland

Ungeahnte Ausmasse nahm die Waldbrandkatastrophe im deutschen Bundesland Niedersachsen im August 1975 an: gewaltige Flächenbrände konnten trotz einem Riesenaufgebot von Feuerwehren und trotz modernsten Feuerbekämpfungsmassnahmen erst nach Wochen eingedämmt werden.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

ger auf die Seite der schwarzen Regierungen und tadelte Rhodesien und Südafrika. Das weisse Rhodesien wird seinerseits vom östlichen Nachbarn Mozambique stark bedrängt: Das kommunistische Regime dort verhängte eine Grenzsperr, um Rhodesien wirtschaftlich in die Knie zu zwingen. Spät, allzu spät vielleicht, hat der rhodesische Premierminister Ian Smith die Gefahr einer schwarzen Umkreisung erkannt und nach der Schelte von Kissinger vier Schwarze als Minister in die weisse Regierung aufgenommen.

* * *

Viel war aber auch in diesem Jahr vom Zauberwort «Entspannung» zwischen West und Ost die Rede gewesen: In Helsinki unterzeichneten am 1. August die Vertreter aus 35 Teilnehmerstaaten die Schlussakte der Europäischen Sicherheitskonferenz in der gutgemeinten Absicht, die

Grundlage besseren Zusammenlebens und grösserer Freizügigkeit für Menschen aller Staatssysteme zu schaffen. Was die Sowjetunion davon zu halten gedenkt, zeigte sich, als sie dem Nobelpreisträger Andrej Sacharow die Ausreise nach Oslo verweigerte, um dort den Preis persönlich in Empfang zu nehmen. Und es scheint, dass auch auf andern Ebenen die Entspannung nicht das hält, was man von ihr erwartet hat: Ein zweites Abkommen über die Begrenzung der offensiven Raketenrüstung (SALT-II) zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, mit dem Ziel, dem Wettrüsten Zügel anzulegen, stösst auch nach dem Besuch von Kissinger im Februar in Moskau

nach wie vor auf Schwierigkeiten. Und Präsident Ford hat bezeichnenderweise das Wort «Entspannung», von dem sich die Sowjetunion nur Vorteile erhofft, aus seinem Vokabular verbannt. Der amerikanische Präsident hat dies allerdings nicht nur aus aussenpolitischen Erwägungen getan. In den Vereinigten Staaten ist die Innenpolitik in den Vordergrund gerückt. Die Präsidentschaftswahlen von anfangs November werfen ihre Schatten voraus: Die beiden grossen Parteien des Landes, die Demokratische Partei und die Republikanische Partei, haben ihre Kandidaten in das komplizierte Ausleseverfahren der Vorwahlen geschickt. Bisher zeigte es sich, dass kein Anwärter auf die Präsidentschaftskandidatur eindeutiger Favorit ist.

Präsident Ford tut sich mit Ronald Reagan schwer, auf der Seite der Demokratischen Partei steht Jimmy Carter im Vordergrund.

* * *

Was sich im Verlaufe des letzten Berichtsjahres abzuzeichnen begann, ist diesmal eingetreten: Auch für die Schweiz wurde die überhitzte Konjunktur plötzlich Vergangenheit. Die Rezession mit ihren unerfreulichen Begleiterscheinungen wurde harte Wirklichkeit: Entlassungen, Arbeitszeitverkürzungen, Betriebsschliessungen und Abbau des Fremdarbeiterbestandes (die Zahl der Ausländer hat innert Jahresfrist um über 50000 abgenommen) waren die Folgen. Allerdings traf die Krise keineswegs alle Branchen und Regionen gleichmässig. Besonders ausgeprägt war sie in dem zum Teil während der Hochkonjunktur überdimensioniert gewachsenen Baugewerbe sowie in der vom Ausland stark abhängigen Uhren- und Maschinenindustrie. Allgemein sind im Berichtsjahr gegen 200000 Arbeitsplätze verlorengegangen: Folge: 26258 Ganz- und 136631 Teilarbeitslose im Dezember, mit 5,04 Millionen ausgefallenen Arbeitsstunden. Es sei indessen nicht verschwiegen, dass die Abkühlung der überhitzten Konjunktur auch ihr Gutes hatte. So darf festgestellt werden, dass nicht nur die Teuerung eingedämmt werden konnte, wie weiter unten zu lesen ist, sondern auch ganz allgemein die Arbeitsmoral besser geworden ist. Manch einer, sei er nun Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, der während der Hochkonjunktur nicht mehr bereit war, für gutes Geld auch gute Arbeit zu leisten, hat umlernen müssen. Eine solide berufliche Ausbildung, Können und Wissen, gelten heute wieder mehr als noch vor zwei Jahren.

Der Bundesrat ist dem Konjunkturrückgang nicht tatenlos ge-

genübergestanden. Zusammen mit den eidgenössischen Räten hat er die bestehenden Möglichkeiten der Arbeitslosenversicherung ausgebaut, um das Los der Arbeitslosen zu verbessern. Mit zwei Investitionsprogrammen wird zudem versucht, die Wirtschaft, insbesondere die Bauindustrie, anzukurbeln. Die Gesundung der Schweizerischen Wirtschaft, die sehr stark mit dem Ausland verknüpft ist, hängt jedoch nicht in erster Linie von binnenwirtschaftlichen Massnahmen ab. Der Konjunkturaufschwung in der Schweiz steht und fällt mit dem Export, der durch den seit Monaten hohen Kurs des Frankens stark benachteiligt ist. Der Nachteil einer Überbewertung des Frankens – und um eine solche handelt es sich – liegt darin, dass die Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrie geschmälert wird: Die Produkte aus der Schweiz werden teurer. Entsprechend sanken die Ausfuhren im letzten Jahr um acht Pro-



Amerikanisch-sowjetisches Weltraumtreffen

Im Juli 1975 kam es erstmals zu einem Weltraumtreffen zwischen einer amerikanischen Apollo- und einer russischen Sojusraumkapsel, wobei die Besatzungen sich gegenseitige Besuche abstatteten. Unser Bild zeigt den Kosmonauten Valeri Kubasov (links) mit dem amerikanischen Astronauten Thomas P. Stafford.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

zent. Trotz diesen nach wie vor düsteren Ausichten ist auf wirtschaftspolitischem Gebiet ein Erfolg zu verzeichnen: Bei der Bekämpfung der Inflation, jahrelanges Sorgenkind der Behörden, wurden im Berichtsjahr bemerkenswerte Erfolge erzielt. Die Inflationsrate betrug nurmehr 3,4 Prozent, verglichen mit 7,6 Prozent im Jahre 1974; im April und Mai dieses Jahres war sie auf dem seit 1968 nie mehr erreichten Tiefstand von 2,2 Prozent angelangt. Diese Entwicklung ist indessen zum Teil auf den hohen Kurs des Schweizerfrankens zurückzuführen, der es ermöglicht, Güter zu günstigeren Preisen einzuführen – zum Schaden der Exportindustrie. Dies die Kehrseite der Medaille.

* * *

Vor diesem wirtschaftspolitischen Hintergrund, der dunkle Stellen aufwies und immer

noch aufweist, spielten sich die Nationalratswahlen am letzten Oktober-Wochenende ab. Charakteristisch für diese Wahlen waren die Rekordzahl der Kandidaten und, paradoxerweise, die geringe Wahlbeteiligung von 52,4 Prozent (1971 noch 56,9 Prozent), der niedrigsten seit Einführung des Proporzsystems im Jahr 1919. Von einem Erdbeben kann auch diesmal nicht gesprochen werden. Zwölf Sitze wurden insgesamt parteipolitisch umverteilt. Wahlgewinner waren die Sozialdemokraten, die ihre Sitzzahl um neun erhöhen konnten und damit zur grössten Fraktion im Nationalrat aufstiegen. Verlierer waren die sogenannten Überfremdungsparteien, die «Nationalen» (Nationale Aktion und Schwarzenbach), die beide zusammen fünf Mandate einbüssten. In den grossstädtischen Agglomerationen hatten sie bis anhin ihre Unterstützung unter der Industriearbeiterschaft gefunden. Da sich aber das Fremdarbeiterproblem von selber löst,

wandten diese Wähler wohl zu einem grossen Teil ihre Sympathie wieder der Sozialdemokratie zu. Die Sitzverteilung im Nationalrat nach der letzten Ausmarchung präsentiert sich wie folgt: Sozialdemokratische Partei (55 bisher 46), Freisinnigdemokratische Partei (47 bisher 49), Christlichdemokratische Volkspartei (46 bisher 44), Schweizerische Volkspartei (21 bisher 23), Landesring der Unabhängigen (11 bisher 13), Liberale (6 bisher 6), Evangelische Volkspartei (3 bisher 3), Republikaner (4 bisher 7), Partei der Arbeit (4 bisher 5), Nationale Aktion (2 bisher 4) und Autonome Sozialisten (1 bisher 0). Bei diesen handelt es sich um eine weit links stehende Gruppierung aus dem



Arbeitslosigkeit in der Schweiz

Das Ansteigen der Anzahl von Stellenlosen in unserem Lande führte da oder dort zur Gründung von Arbeitslosenkomitees; wie auf unserem Bild aus Zürich vom Frühjahr 1976, versuchen diese Komitees, die Anliegen der Arbeitslosen gegenüber der Öffentlichkeit gemeinsam und verstärkt zu betonen.

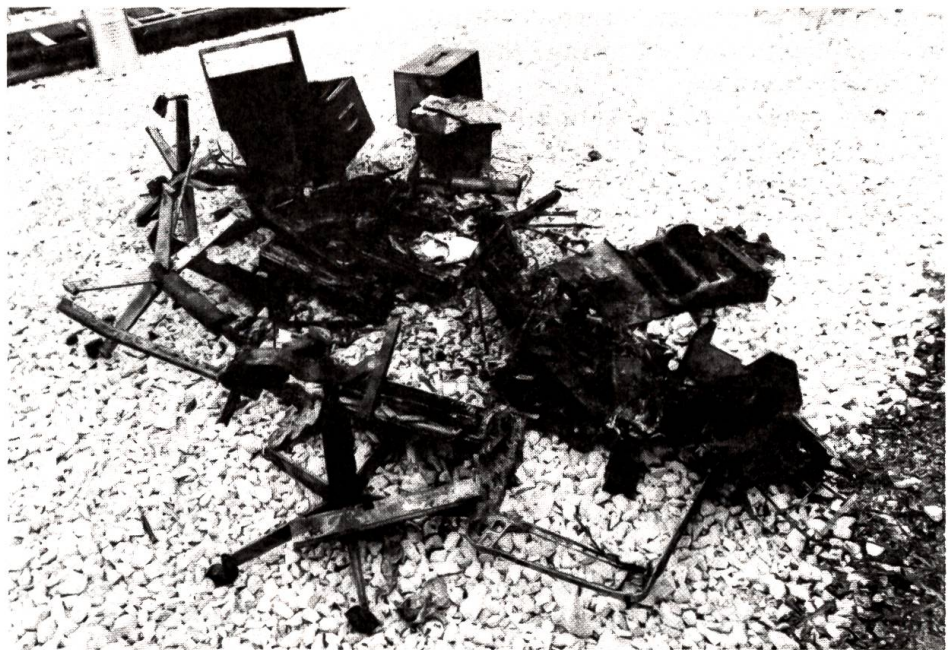
Photopress-Bilderdienst, Zürich

Kanton Tessin; ihr Vertreter schliesst sich den Kommunisten an.

Nur geringe Verschiebungen zeigten sich im Ständerat. Auch hier gewann die Sozialdemokratische Partei einen Sitz und stellt nun wie die Schweizerische Volkspartei fünf Vertreter; nach wie vor verfügen die Christlichdemokraten und die Freisinnigen mit 17 bzw. 15 Ständeräten über die stärksten Fraktionen. Mit dem Ausscheiden der Genferin Lise Girardin ist die Kleine Kammer wieder frauenlos, der Nationalrat zählt nun 15 (14) Vertreterinnen.

Die eidgenössischen «Trends» vermochten sich im Kanton Bern mit seinem ausgeprägten

Beharrungsvermögen nur beschränkt durchzusetzen. Parteipolitisch blieben die Verschiebungen geringfügig: Sozialdemokraten (11 bisher 10) und Freisinnige (6 bisher 5) gewannen je einen Sitz; Landesring (1 bisher 2) und Republikaner (0 bisher 1) zahlten die Zeche. Die Schweizerische Volkspartei blieb mit 10, die Evangelische Volkspartei, die Christlich-demokratische Volkspartei und die Nationale Aktion mit je einem Sitz in der bernischen Nationalrats-Delegation vertreten. Auf Parteiebene hatten die Nationalratswahlen ein pikantes Nachspiel: Das nach den Wahlen von 1971 von den Christlichdemokraten lancierte Experiment eines gemeinsamen politischen Programms der Regierungsparteien, so wurde am 2. Dezember nach langen Gesprächen beschlossen, wird nicht wiederholt. Die Gegensätze, die vor allem durch die Forderungen der Sozialdemokraten im Bereich der Steuern und der Ankurbelung der Wirtschaft hervorgerufen wurden, verunmöglichten einen Kompromiss. Immerhin kam es zu keinem



Der Berner Jura kommt nicht zur Ruhe

Im November 1975 wurde der Posten der Berner Kantonspolizei in Delsberg von Separatisten gestürmt und verwüstet. Mobiliar und Büromaterial wurde aus den Fenstern geworfen und verbrannt.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

Bruch. Die führenden Leute der vier Regierungsparteien werden in jedem einzelnen Fall beraten und eine Lösung ausarbeiten. Das zeigte sich schon am 10. Dezember, als die Vereinigte Bundesversammlung alle Mitglieder des Bundesrates für die nächsten vier Jahre in ihrem Amt bestätigte. Zuvor nämlich forderten die Sozialdemokraten die Ausbootung von Rudolf Gnägi, der der Schweizerischen Volkspartei angehört. Aber dies schien nur Nachwahl-Geplänkel von Helmut Hubacher, dem derzeitigen Präsidenten der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, und einiger Kommentatoren gewesen zu sein.

* * *

Es waren aber nicht nur der wirtschaftliche Rückgang und die Finanzschwierigkeiten der öffentlichen Hand (Bundesdefizit von 1,3 Milliarden Franken für das Jahr 1975), die Anlass zu Diskussionen gaben. Es ging z. B. auch um die

sehr heikle Frage der Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs; eine Frage, die letztlich jeder erwachsene Mensch vor seinem eigenen Gewissen beantworten muss, auch wenn er sich eines fernen Tages mit dem Stimmzettel entscheidet. Im Berichtsjahr konnte das kontroverse Thema, das nun bereits seit zwei Jahren die Schweiz beschäftigt, nicht abschliessend behandelt werden. Die Diskussionen nahmen ihren Anfang, nachdem vor zwei Jahren eine Initiative für die völlige Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruches eingereicht worden war. Der Bundesrat empfiehlt Verwerfung dieser radikalen Initiative und stellt ihr eine Gesetzesrevision mit Indikationenlösung entgegen. Dem hatte sich das Parlament anzunehmen. In zwei stürmisch verlaufenen Ratsdebatten, in der Sommersession im Ständerat und in der Herbstsession im Nationalrat, wurde keine Klarheit erreicht, da beide Räte an eigenen Gesetzesentwürfen festhalten und damit weder der Initiative noch dem Bundesrat folgen. Eine neue Volksinitiative, die die Fristenlösung vorschlägt, wurde inzwischen eingereicht. Mit ihr erhielt die Diskussion ein neues Element. In seiner Botschaft von Mitte Mai empfiehlt der Bundesrat den eidgenössischen Räten, auch diese Initiative, die einen Kompromiss in der kontroversen Auffassung darstellt, zu verwerfen. Die Landesregierung, die selber nicht einhellig dem Problem gegenübersteht, möchte, dass das Parlament den bundesrätlichen Entwurf für ein Bundesgesetz «über den Schutz der Schwangerschaft und die Neuordnung der Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs» verabschieden würde. Das Parlament wird sich nun erneut mit diesem Thema zu befassen haben. In letzter Instanz aber entscheidet das Volk an der Urne. Wann? Das ist nach wie vor ungewiss.

Ein anderes, ebenfalls sehr gefühlsbeladenes Thema ist in der Zwischenzeit versachlicht worden: Die widerrechtliche Besetzung des Baugeländes des Kernkraftwerkes Kaiseraugst, die am Ende der letztjährigen Chronik noch nicht abgeschlossen war, wurde nach langem Seilziehen am 14. Juni 1975, nach insgesamt 75 Tagen, beendet. Der Bundesrat bewies in dieser leidigen Affäre erstaunlich viel Toleranz und Geduld. Bundesrat Ritschard kündigte als Folge des Widerstandes



Vorbildliche Altstadtrenovierung

Im Jahre 1954 erregte das Vorhaben eines privaten Hausbesitzers, die Häuser Gerechtigkeitsgasse 61–69 und Junkerngasse 44–48 abzureissen, grosses Aufsehen. Dank dem Einsatz vieler Freunde der Berner Altstadt und der Burgergemeinde Bern, der in einer von 8000 Personen besuchten Kundgebung auf dem Münsterplatz seinen Höhepunkt erreichte, konnten die Häuser gerettet werden. Sie wurden damals von der Burgergemeinde Bern gekauft, die sie 1975/76 vorbildlich renovieren liess, wobei sie einen beträchtlichen Betrag à fonds perdu übernahm.

Photo Walter Nydegger, Bern

gegen Atomkraftwerke eine Revision des Gesetzes über die friedliche Verwendung der Atomenergie an. Die landesweite Diskussion, die die Atomkraftwerk-Gegner ausgelöst haben, ist allerdings auch nach der illegalen Besetzung nicht abgeschlossen: Eine Initiative, die im Mai eingereicht worden ist, regt eine «Denkpause» an, um die Bevölkerung zu beruhigen und zu

neuen Erkenntnissen in der Sicherheitsfrage zu gelangen.

An Arbeiten wird es den Räten ohnehin nicht mangeln. «Überforderung der direkten Demokratie», ein Schlagwort, das nicht verstummen will. Ein Gran Wahrheit mag darin enthalten sein. So sind im Berichtsjahr zu den 16 hängigen Volksinitiativen, die alle noch das Parlament beschäftigen werden, ehe sie vors Volk gelangen, sechs weitere Volksbegehren eingereicht worden; zusätzlich wurde sechsmal vom Referendum Gebrauch gemacht. Und gegenwärtig werden Unterschriften für mindestens zwanzig weitere Initiativen gesammelt. Es ist sicher richtig, die notwendigen Unterschriftenzahlen für Initiativen und Referenden zu verdoppeln oder angemessen zu erhöhen, wie dies gegenwärtig zur Diskussion steht: Der Staatsapparat und die Bürgerschaft dürfen nicht überstrapaziert werden. Das ist die eine Wahrheit zu diesen Zahlen; die andere Wahrheit: Die Anzahl der Initiativen und Referenden zeugt von einer erfreulichen Wachsamkeit und Regsamkeit des Bürgers. Dass er sich andererseits nicht «unnötig» übermüden lässt, zeigen die relativ schwachen Beteiligungen, wenn es gilt über Sachfragen, die vielfach für den «einfachen Mann von der Strasse» zu kompliziert sind, abzustimmen.

* * *

Jedenfalls zeigten die drei Urnengänge auf eidgenössischer Ebene keine Glanzresultate, was die Stimmbeteiligung anbetrifft. Die Abstimmung vom 8. Juni stand ganz im Zeichen der Finanznot des Bundeshaushaltes und seiner Sanierung. Erneut

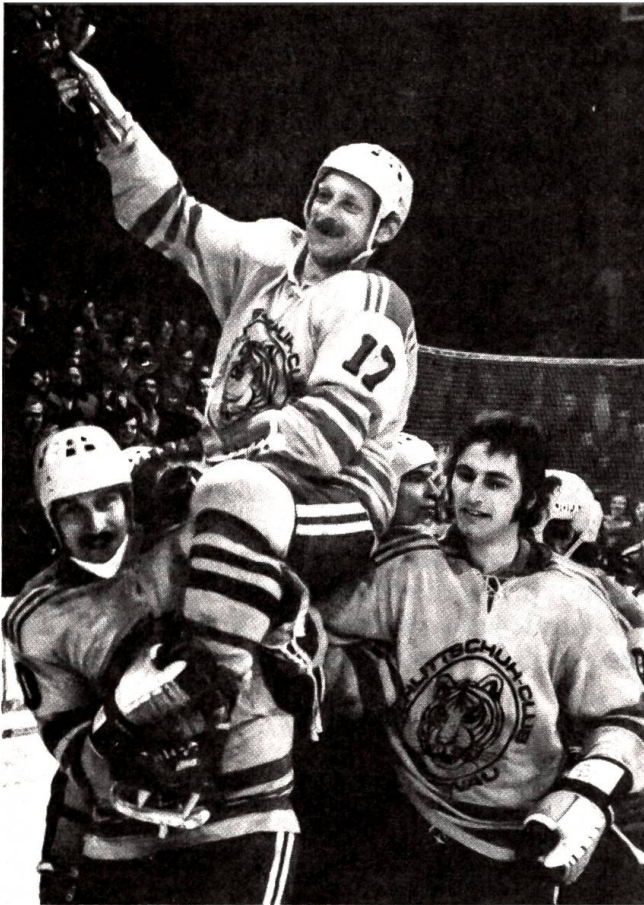
wurde über ein sogenanntes «Chevallaz-Paket» abgestimmt, und zwar diesmal im positiven Sinne. Nachdem der Bundesrat und die eidgenössischen Räte die Lehren aus der Verwerfungswelle vom Dezember 1974 gezogen und entsprechende Sparübungen durchgeführt hatten, waren die Stimmberechtigten nun ihrerseits bereit, zur Gesundung des schwer angeschlagenen Bundeshaushaltes beizutragen, indem sie vier der fünf Vorlagen an der Urne guthiessen und zwar: Schutz der Währung mit 1153337 Ja gegen 197305 Nein; parlamentarische Ausgabenbremse mit 1021025 Ja gegen 323953 Nein; Neuordnung der Umsatz- und Wehrsteuer mit 753392 Ja gegen 593045 Nein; der Erhöhung des Benzinzollzuschlages wurde mit 721401 Ja gegen 627966 Nein knapp zugestimmt. Lediglich die fünfte Vorlage, die Erhöhung des Heizölzuschlages, wurde verworfen und zwar mit 694431 Nein gegen 646532 Ja. Es waren vor allem Kantone



Der «Tiger» – das neue Kampfflugzeug für unsere Armee

Das Parlament hat beschlossen, 72 Stück des amerikanischen Kampfflugzeuges für unsere Luftwaffe zu bestellen. Dieser grösste bisherige Kaufvertrag unseres Landes soll zum Teil mit Kompensationsaufträgen aus den USA an die schweizerische Industrie abgegolten werden.

Photo und Bildmontage: Eduard Rieben, Bern



Langnau Schweizermeister im Eishockey

Erstmals ging dieser hartumkämpfte Titel an die Mannschaft aus dem Emmental. Auf dem Bild wird der kanadische Spielertrainer Jean Cusson von seinen Kameraden auf einer Ehrenrunde nach dem letzten Spiel besonders gefeiert.

Photo Eduard Rieben, Bern

mit grossen städtischen Gebieten, darunter Bern, die dieser Massnahme nicht zugestimmt haben. Die Erhöhung des Heizölzolls hätte der Bundeskasse jährlich Mehreinnahmen von ungefähr 150 Millionen Franken einbringen sollen. Fazit dieses Urnenganges, der eine Stimmbeteiligung von 36,5 Prozent verzeichnete: In den beiden nächsten Jahren fliessen je um die 1,4 Milliarden Franken zusätzlich in die Kasse der Eidgenossenschaft. Nicht, dass damit der Finanznotstand vorbei wäre: Die Defizite der Staatsrechnungen und Budgets der letzten und der kommenden Jahre sprechen eine andere Sprache. Die Diffe-

renz zwischen Einnahmen und Ausgaben wird sich ohne tiefgreifende Massnahmen im Steuerbereich (Einführung der Mehrwertsteuer, Steuerharmonisierung, Reform der direkten Bundessteuer) bis in drei Jahren auf etwa fünf Milliarden Franken steigern. Die Finanzen des Bundes werden aber noch zusätzlich belastet durch sogenannte «Konjunkturspritzen». Im Juni hiess das Parlament Nachtragskredite gut, die ein Bauvolumen von einer Milliarde Franken auslösen sollen. In der Dezembersession stimmten die Räte dem zweiten Plan zur Ankurbelung der Wirtschaft zu, der ein Budget in der Höhe von 600 Millionen Franken aufweist. Es zeigt sich, dass Rezession und Wohlfahrtsstaatspolitik zu völlig neuen Dimensionen führten: Selbst Sparmassnahmen hatten ein weiteres Defizit nicht zu verhindern vermocht. Das gleiche galt für die Kantone, deren Rechnungen mit einem Gesamtdefizit von 1,6 Milliarden Franken abschlossen. Und die Budgets für 1976 verhieszen nichts Besseres, im Gegenteil: Bund, SBB und PTT rechnen mit Fehlbeträgen, die zusammen die Milliarden-Grenze weit übersteigen.

Die zweite Abstimmung, am 7. Dezember, warf im allgemeinen keine hohen Wellen. Die Stimmbeteiligung lässt dies denn auch deutlich werden. Nur 30,3 Prozent äusserten sich zu den drei Vorlagen, die alle angenommen wurden. Dem Artikel über die Niederlassungsfreiheit und die Unterstützung durch den Wohnkanton wurde mit 843 692 Ja gegen 271 302 Nein zugestimmt, ebenfalls dem Wasserwirtschaftsartikel mit 858 429 Ja gegen 271 302 Nein. Lediglich das Wallis lehnte als einziger Kanton die neue Bundeskompetenz ab. Beim Bundesgesetz über die Ein- und Ausfuhr von Erzeugnissen aus Landwirtschaftsprodukten ist das Resultat sehr knapp ausgefallen. Und zwar haben auch hier, wie beim «Heizölzuschlag», die städtisch orientierten Kantone abgelehnt, wo die Firma Denner und die Konsumentenvereinigungen, die beide das Schutzgesetz bekämpft haben, besonders stark vertreten sind: 586 155 Ja-Stimmen standen 541 519 Nein-Stimmen gegenüber.

Wiederum über drei Vorlagen zu befinden galt es am 21. März. Von einer eigentlichen Nein-Welle getragen, die zum Teil rezessionsbedingt

war, wurden die Mitbestimmungs-Initiative der Gewerkschaften, der Gegenvorschlag des Bundesrates sowie die Steuerinitiative des Landesrings unmissverständlich bei einer Stimmbeteiligung von 39,4 Prozent verworfen. Einmal mehr zeigte es sich hier, dass Volksbegehren, die eine Änderung der Bundesverfassung mit sich bringen, selten die Gnade des ganzen Volkes finden. Die Mitbestimmungs-Initiative, die zu harten Kontroversen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden geführt hatte, wurde mit 966 140 Nein gegen 472 094 Ja deutlich abgelehnt, der realistische Gegenvorschlag des Bundesrates und des Parlamentes nicht minder deutlich, und zwar mit 974 695 Nein gegen 431 690 Ja. Damit hat der Stimmbürger eine Atempause in der überbordenden Mitbestimmungsdiskussion bewirkt und Zeit für eine neue Standortbestimmung geschaffen. Allerdings wird dieses Thema nicht ad acta gelegt werden; bereits wird von einer neuen sozialdemokratischen Initiative gesprochen. Die Fronten dürften sich in der nächsten Diskussionsrunde wohl kaum stark verschieben; eher dürfte ein Seilziehen um die Detailformulierungen einsetzen. Auch wenn mit diesem doppelten Nein keine Flurbereinigung erreicht worden ist, hat das Resultat einen Vorteil gebracht: Die krisenbedrängte Wirtschaft wird nicht zusätzlich mit «internen» Problemen belastet.

Ebenfalls deutlich wurde die Initiative «für eine gerechte Besteuerung und Abschaffung der Steuerprivilegien» des Landesrings verworfen: 819 830 Stimmberechtigte waren dagegen, 599 053 dafür. Obgleich eine Vereinheitlichung



Olympische Winterspiele 1976 in Innsbruck

Aus vielen guten Leistungen unserer Sportler ragte der Doppelsieg von Heini Hemmi (links, Goldmedaille) und Ernst Good (rechts, Silbermedaille) im Riesenslalom der Herren besonders hervor. In der Mitte der erfolgreiche Trainer Peter Franzen.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

des Steuerwesens in der Schweiz anzustreben ist, hat dieses Volksbegehren zu wenig Rücksicht auf den föderalistischen Charakter der Schweiz genommen; denn bei Annahme der Vorlage wären die Kantone lediglich zu Tributpflichtigen des Bundes geworden. In vielen Dingen will eben der Schweizer als Kantonsbürger entscheiden und «Bern» nicht zu viel «Macht» überlassen.

* * *

Dass dennoch das bestehende Steuersystem vielerorts als ungerecht und unzeitgemäss empfunden wird, zeigte die einzige Abstimmung auf kantonaler Ebene. Am 8. Juni nahm das Berner Volk überraschend die Initiative «für eine gerechtere Besteuerung und den Abbau von Steueroasen» mit 123 080 Ja gegen 84 719 Nein an. Die vom Landesring eingereichte, von den grossen Parteien und dem Kantonsparlament deutlich abgelehnte Initiative forderte vorab eine

Milderung der teuerungsbedingten kalten Progression und einen Ausgleich der innerkantonalen Steuergefälle durch «Verstaatlichung» der Gemeindesteuern; ähnliche Forderungen also, die auch die auf eidgenössischer Ebene verworfene Initiative auszeichnete. Das Problem der kalten Progression hat sich dank der zurückgegangenen Teuerung mittlerweile entschärft. Notgedrungen beschäftigte auch die Rezession die Behörden des Kantons. Es wurde rasch gehandelt. Bereits in der Novembersession konnte der Grosse Rat das revidierte Gesetz über die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung verabschieden, welches den neuen und härteren Gegebenheiten weit besser gerecht wird. Die bernische Lösung nimmt manches vorweg, was das voraussichtlich 1978 in Kraft tretende Bundesgesetz bringen wird; in einzelnen Punkten geht es sogar weiter.

* * *

Das bernische Dauerproblem par excellence, die Jura-Frage, beschäftigte auch in diesem Berichtsjahr Behörden und Bürger. 1975 ist in der Geschichte des Juras das Jahr, in dem die Einheit in einer Eskalation der Intoleranz und der Gewalt verloren ging. Die Serie von Volksbefragungen, die im sowohl von den Jurassiern wie vom alten Kantonsteil angenommenen Zusatz zur bernischen Staatsverfassung vorgesehen war, verschärfte die Gegensätze. Mitte März 1975 hatten sich, wie in der letztjährigen Chronik festgehalten, die drei Bezirke Neuenstadt, Courtelary und Münster deutlich für den Verbleib im Kanton Bern ausgesprochen. «La lutte continue» hiess es schon am Abend dieses un-

missverständlichen südjurassischen Volksentscheids in der Separatistenzentrale in Delsberg. Gezielte Störaktionen gegen Veranstaltungen von Berntreuen hielten den ganzen Sommer über an. Ihren Höhepunkt erreichten sie am Abend des 7. September, als Münster zusammen mit neun andern künftigen Grenzgemeinden im dritten Plebiszit über seine endgültige Kantonszugehörigkeit abgestimmt und sich dabei für Bern entschieden hatte. Polizeigrenadiere standen bereit, um sich, wenn nötig, zwischen militante Separatisten und Berntreue zu stellen. Nach Bekanntwerden der Abstimmungsniederlage setzten aufgebrachte Jungseparatisten zum Sturm auf das Statthalteramt an. Eine «Nacht des Schreckens» mit Verletzten und bedeutendem Sachschaden war die Folge. Das Wochenende des 14. September brachte mit den Abstimmungen in den drei letzten Jura-Grenzgemeinden die endgültige Grenzziehung zwischen dem Kanton Bern und dem künftigen Kanton Nordjura. Gleichzeitig entschieden sich die Laufentaler – unter Vorbehalt des Anschlusses an einen Nach-



Wechsel im Kreiskommando Bern

Nach langjähriger Tätigkeit als Kreiskommandant ist Oberst Fred Nobs (links) zurückgetreten. Sein Nachfolger ist Oberstleutnant René Krähenbühl.

Photo Walter Nydegger, Bern

barkanton – für den Verbleib bei Bern. Am 21. März dieses Jahres haben die Nordjurassier, wie vorgesehen, die fünfzig Mitglieder ihres Verfassungsrates gewählt, der nun eine Verfassung für den neuen Kanton ausarbeiten hat. Möge dieses Werk im Dienste eidgenössischer Zusammenarbeit gelingen, die Emotionen abbauen und die ewigen Randalierer zur Vernunft bringen. Zu wünschen wäre, dass die nächste Chronik das Juraproblem nicht mehr zu notieren hätte.



Burgerspital renoviert – Bubenberplatz verunstaltet

Die Überholung der prächtigen Fassade des Burgerspitals in Bern wird leider durch die nicht eben gelungene Umgestaltung des Bubenberplatzes mit den vielen Betonpfeilern und den überdimensionierten Haltestellen für Bus und Tram beeinträchtigt.



Das Speiseöl für ältere Leute

HAIN - Distelöl

normalisiert den Cholesterinspiegel

In Flaschen zu 0,25 l / 0,473 l / 0,946 l und Grossgebilde, erhältlich in Apotheken, Drogerien, Reformhäusern, guten Lebensmittelgeschäften

Vertrieb Schweiz: R. & H. Neuenschwander, Ländoltstrasse 73, 3001 Bern, Tel. (031) 45 05 22

Ab sofort Aktion:
5% Währungsabbatt!

Stricken Sie viel?

Wenn Sie von Hand oder mit Maschine stricken, lohnt es sich für Sie, unser neues

Wollmusterbuch

zu verlangen. Es enthält fast 600 schönste Modifarben in allerbesten Qualitäten. Das Buch kostet Sie nichts, Sie verpflichten sich zu nichts. In aller Ruhe können Sie prüfen und vergleichen und brauchen nur dann zu bestellen, wenn Sie überzeugt sind, bei uns wirklich vorteilhafter einzukaufen!

Verlangen Sie das Buch heute noch. Sie können es behalten.

- Profitieren Sie von unseren ausserordentlich vorteilhaften Preisen!

Hans Jakob AG, 3436 Zollbrück

Telefon 035 / 6 81 11 (Emmental)

Senden Sie mir ohne irgendwelche Kosten und ohne Verpflichtung für mich Ihr neues **HB**

Wollmusterbuch, das ich behalten kann

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Ort: _____

Postleitzahl: _____

Bitte ausschneiden und einsenden an

Hans Jakob AG, 3436 Zollbrück

Gutschein